

# **Neoliberaler Umbau des Bildungswesens – Forderungen und Alternativen der GEW**

von Richard Lauenstein

**1.** 1997 haben E. Brandt, M. Feuser und ich ein Thesenpapier mit der Überschrift „Für eine neue bildungspolitische Diskussion“ vorgelegt, das im gleichen Jahr als Bestandteil des Antrages 301 von der LDK in Bad Lauterberg beschlossen wurde.

Es ging um eine strategische Neuausrichtung unserer Arbeit als Gewerkschaft im Bildungsbereich unter den Bedingungen eines immer mehr Raum greifenden Neoliberalismus. Den schon damals verfolgten Regierungskonzepten einer technokratischen Modernisierung der Bildungsverhältnisse („Schulautonomie“, „Budgetierung“, „Neue Steuerung“) haben wir das Konzept einer „Modernisierung durch Demokratisierung“ gegenübergestellt, der Politik des „If you can't beat them join them!“, des sich Bescheidens mit der Rolle eines kritischen Begleiters und Ausgestalters der mainstream-„Reformen“ eine deutliche Absage erteilt und die Notwendigkeit nachgewiesen, das Engagement für mehr und bessere Bildung für alle mit dem für eine alternative Wirtschafts- und Sozialpolitik zu verbinden.

Dies habe ich jetzt nicht erwähnt, um uns und den Delegierten von Bad Lauterberg nachträglich noch einmal auf die Schultern zu klopfen. Dass wir mit unseren Einschätzungen recht behalten würden, davon sind wir in der Tat ausgegangen. Aber die Welt bleibt nicht, wie sie ist. Die Thesen von damals bedürfen der Fortschreibung, der Erweiterung und Präzisierung. Auch die nächsten Schritte müssen neu diskutiert werden. Dafür möchte ich ohne enzyklopädischen Anspruch und ohne den notwendigen Klärungen vorzugreifen einige Anhalts- und Orientierungspunkte anbieten.

**2.** Es sei, so schrieben wir damals, nicht davon auszugehen, dass Ökonomisierung und Rationalisierung einen Bogen um das Bildungswesen machen würden. Innerhalb von 5 bis 10 Jahren sei in allen Bereichen öffentlich finanzierter und regulierter Bildung mit Änderungen zu rechnen, wie sie auch bei der Post, der Bahn und im Gesundheitswesen einmal für unmöglich gehalten worden seien. Inzwischen ist die Entwicklung erheblich fortgeschritten. Hier einige Schlaglichter:

Die Überlastungssituation vieler Beschäftigter ist wegen weiter gewachsener Anforderungen und verknappter Ressourcen längst chronisch. Die Arbeitsintensität hat zugenommen, Löhne und Gehälter stagnieren bzw. sind abgesenkt worden.

Im Zuge einer veränderten Personalbewirtschaftung werden immer mehr pädagogische oder wissenschaftliche Teilaufgaben von deutlich schlechter bezahlten befristet angestellten bzw. Teilzeitarbeitskräften erledigt. Ein aktuelles Beispiel aus Hessen: Im hessischen Landesmuseum Darmstadt soll zum Januar 2008 eine auf 2 Jahre befristete wissenschaftliche Volontärstelle möglichst mit einer promovierten Zoologin / einem promovierten Zoologen besetzt werden - für 1.200 Euro brutto. Netto sind das gerade rund 150 Euro über dem BaföG-Höchstsatz.

In Schulen und Hochschulen sind längst auch sog. 1-Euro-Kräfte im Einsatz. Der Kampfbegriff der alten Sozialdemokratie von der „Lohnsklaverei“ erhält hier neuen Inhalt.

Wer in Niedersachsen studieren will, muss dafür inzwischen jährlich 1.400 Euro Studien- und Verwaltungsgebühren zahlen. Tausende haben seitdem ihre Studien und Studierwünsche

aufgegeben. Die Leibniz Universität Hannover will indes keine „Immaturenprüfungen“ mehr durchführen, weil es sich für sie nicht rechnet.

**3.** Anfang der 80er Jahre des 20. Jahrhunderts verlangten Unternehmerfunktionäre und Politiker, unter ihnen der damalige niedersächsische Ministerpräsident Ernst Albrecht, in Thesenpapieren einen deutlichen Paradigmenwechsel in Wirtschaft und Gesellschaft. Die Ursachen von geringem Wachstum und anhaltender Krise sahen sie in überhöhten Arbeitskosten, in zuviel Sozialstaat und zuwenig Markt. Die Kernbotschaft lautete zugespitzt, Unternehmern dürfe nicht durch zu geringe Gewinne die Lust zu investieren und Arbeitslosen nicht durch zu hohe Unterstützung die Lust zu arbeiten genommen werden.

Ein Vierteljahrhundert später, im Sommer dieses Jahres schreibt Josef Schlarmann, der Bundesvorsitzende der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU in der FAZ zu Oskar Lafontaines Parole „Freiheit durch Sozialismus“: „Sein Konzept ... steht nicht für Freiheit, sondern ist der Weg in den Sozialismus. Das zeigt schon sein Verständnis von Freiheit, das fundamental vom Freiheitsbegriff des Grundgesetzes abweicht. Mit Freiheit meint er nicht die Grundrechte des Einzelnen, die den Freiheitsraum gegenüber dem Staat sichern, sondern das Recht auf Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, das heißt Ansprüche gegenüber Staat und Gesellschaft. Zu solchen Teilhaberrechten rechnet Oskar Lafontaine den Kündigungsschutz, die Mitbestimmung und starke Gewerkschaften, die angeblich Schwache schützen sollen. Deregulierungen, Privatisierungen und Flexibilisierungen, die die Freiheit erweitern, führen nach Oskar Lafontaine zur Unfreiheit, weil sie soziale Rechte verkürzen. Tatsächlich sind die geforderten Teilhaberrechte Sonderrechte für bestimmte privilegierte Gruppen, mit denen die für alle geltenden Freiheitsrechte verkürzt werden. So begrenzt der Kündigungsschutz die allgemeine Vertragsfreiheit, die Mitbestimmung beschränkt das Eigentumsrecht und das Streikrecht belastet den freien Wirtschaftsverkehr. Wer die Ausweitung solcher Sonderrechte fordert, macht die Gesellschaft insgesamt nicht freier, sondern schafft weitere Privilegien.“ ( Leserbrief, FAZ, 09.07.2007)

Da haben wir erneut kurz und knapp ausformuliert das zentrale Credo liberaler Ideologen, das klassische oder besser: neoklassische Verständnis von Wirtschaft und Gesellschaft, das zugleich gesellschaftspolitisches Handlungsprogramm ist.

In der Gedankenwelt des ökonomischen Liberalismus interagieren lauter rechtlich gleiche, voneinander unabhängige Individuen, die durch ihr Handeln, insbesondere durch Tausch, ihren individuellen Vorteil und Nutzen aus Vorräten knapper Güter zu mehren versuchen. Dabei gibt es prinzipiell nur Gewinner, weil alle Akteure sich von dem, was sie machen, stets größere Vorteile, einen größeren Nutzenzuwachs versprechen als von dem, was sie unterlassen. Folgerichtig wird unterstellt, dass Arbeitslose arbeitslos bleiben, weil sie ihren Freizeitvorteil höher veranschlagen als ein mit Arbeitsleid verbundenes höheres Einkommen. Solange Staat oder Gewerkschaften sich nicht von außen störend einmischen, tendiert die ökonomische Interaktion der informiert und rational handelnden Einzelnen bei vollständiger Konkurrenz zum optimalen Gleichgewicht. Da in der Theorie letztlich Verhältnisse eines einfachen Naturaltauschs zugrunde gelegt werden, schafft sich auch jedes Angebot seine Nachfrage.

Mit der wirklichen Welt, in der die rechtlich gleichgestellten Individuen sich notwendiger Weise immer schon in bestimmten objektiven, von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen abhängigen Strukturen bewegen und sich eben nicht alle auf

Augenhöhe begegnen, hat die virtuelle Welt der Neoklassik herzlich wenig zu tun. Ihr Denkmodell funktioniert ansatzweise vielleicht noch auf einem Zigarettenschwarzmarkt, aber nicht in einer durch Privateigentum an gesellschaftlich relevanten Wirtschaftsmitteln und Lohnarbeit gekennzeichneten modernen Erwerbswirtschaft. Es dient weniger der Erklärung als der Verklärung bestimmter Verhältnisse.

Nachdem es durch die Weltwirtschaftskrise von 1929 erheblich ins Hintertreffen geraten war, weil diese mit seinen vereinfachten Annahmen nicht zu erklären war, wurde auch die Bedeutung staatlicher Intervention zur Verstetigung von Nachfrage und gesamtwirtschaftlicher Entwicklung anerkannt. Insbesondere nach dem 2. Weltkrieg kam es in etlichen entwickelten Ländern zu beachtlichen wohlfahrts- und sozialstaatlichen Regelungen und Einrichtungen, die Krisen zwar nicht verhinderten, aber doch erheblich abzumildern vermochten. Erst als die Maxime „Lieber 2 Prozent Inflation als 2 Prozent Arbeitslosigkeit“ nicht mehr griff, weil beides gleichzeitig auftrat, erlebte der ökonomische Liberalismus als Neoliberalismus auch bei uns eine Renaissance.

**4.** Mit J.Bischoff, S.Krüger, H.Bontrup und einigen anderen stimme ich darin überein, dass die Entwicklung, die dahin geführt hat, mit Hilfe des Marxschen Theorems vom tendenziellen Fall der Durchschnittsrentabilität zu erklären ist. Grundlegend betrachtet sind Gewinne Überschüsse, die Private über ihre eigenen Auslagen und Anstrengungen hinaus erzielen, im Kapitalismus vor allem dadurch, dass sie abhängig Beschäftigte Neuwert über das Äquivalent ihrer Löhne hinaus schaffen lassen, der am Markt realisiert wird. Langfristig ist es auch bei uns dazu gekommen, dass der infolge erhöhter Arbeitsproduktivität und zu ihrer weiteren Steigerung erforderliche Sachkapitalaufwand stärker zugenommen hat als die Gewinne. Je höher das Ausgangsniveau, desto größer war der Aufwand, der für immer geringere Gewinnzuwächse und Wachstumsraten benötigt wurde. Dies blieb solange unproblematisch, wie das Kapital und die Beschäftigung noch in größerer Progression zunahm als die Durchschnittsrentabilität sank. Sie wurde durch absolut weiter wachsende Gewinnmassen aufgewogen. Als die lebendige Arbeit nicht nur relativ, sondern auch absolut immer mehr aus dem Wertschöpfungsprozess verdrängt wurde, wurde die produktive Basis privater Gewinne sukzessive enger.

Seit inzwischen 30 Jahren haben wir in der Bundesrepublik und anderen entwickelten Ländern eine die einzelnen Konjunkturen überdauernde Überakkumulationskrise mit anhaltender Massenarbeitslosigkeit. Seitdem nicht mehr alle Anleger dazugewinnen können, müssen höhere Marktanteile verstärkt anderen abgejagt werden. Auch zusätzliche Anlagefelder für überschüssiges Kapital wurden und werden erschlossen – insbesondere in den Bereichen öffentlicher Daseinsvorsorge und im Finanzsektor. Die Finanzmärkte haben inzwischen eine so gestiegene Bedeutung erlangt, dass von einer finanzmarktgetriebenen Akkumulation gesprochen werden muss. Die Anleger diverser Fonds erwarten von Betriebs- /Geschäftskäufen und –beteiligungen kurzfristig deutliche Wertsteigerungen. Das wirtschaftliche und politische Leben dreht sich in hohem Maße um Minimierung einzelbetrieblicher Kosten, Maximierung internationaler Konkurrenzfähigkeit und die Folgen staatlicher Selbstverarmung zugunsten privater Akkumulation und Gewinnbildung.

Der Neoliberalismus als Strategie einer Flucht nach vorn gründet in veränderten ökonomischen Konstellationen, hat zunehmend Politik, Wissenschaft und Medien erobert und wirkt von dort zurück auf die Ökonomie. Im Kern geht es um die Prekarisierung von Arbeit,

die steuerliche Entlastung vor allem von Kapitaleinkommen und neue Märkte für überschüssiges Kapital – insbesondere durch Kommodifizierung, Deregulierung und Privatisierung.

Abgebaut werden sollen tarifäre und sozialstaatliche Regelungen, die eine profitablere Ausnutzung der Ware Arbeitskraft behindern. „Commodity“ ist das englische Wort für Ware. Arbeitskraft soll wieder stärker eine Ware werden wie andere auch. Zusätzliche Bereiche sollen „in-Wert“ gesetzt werden. Dazu wird z. T. in Generationen aufgebautes öffentliches Eigentum meist deutlich unter Wert veräußert und die Bevölkerung damit praktisch partiell enteignet.

Wo öffentliche Einrichtungen nicht einfach privatisiert werden können, sollen sie zumindest mit verknüpften Ressourcen und hierarchischen Strukturen wie private Betriebe zuvor aufgegeben bzw. vereinbarte Leistungsziele effizient verwirklichen.

Das Arbeitsvolumen, die Summe der jährlich verausgabten Arbeitsstunden, ist in den letzten 45 Jahren kontinuierlich gesunken. 27 Millionen Vollzeitbeschäftigte teilen sich 85 Prozent des Arbeitsvolumens, 11 Millionen den Rest; 6,5 Millionen sind effektiv arbeitslos. 2,5 Millionen Vollzeitbeschäftigte haben weniger als 50 Prozent des Durchschnittslohns, 2,5 Millionen arbeiten befristet, 6,9 Millionen als geringfügig Beschäftigte. Von 650.000 Leiharbeitern beziehen 12 Prozent ergänzend Arbeitslosengeld II. Von 2000 bis 2006 ist der relative Lohn, d.h. der Anteil der abhängig Beschäftigten am Volkseinkommen von 72,1 auf 66,4 Prozent zurückgegangen. Die Gewinne sind um 42 Prozent gestiegen. Man sieht: Die Umverteilung u.a. durch Prekarisierung schreitet voran.

**5.** Lohnsenkungen, Prekarisierung, Privatisierung und Verbetriebswirtschaftlichung haben sich im Bildungssektor ausgebreitet, sind längst nicht mehr Ausnahme, sondern Regel. Für den Schulbereich und angrenzende Bereiche hat Hajo Dröll die bisherige Entwicklung gerade in einem Beitrag für die hessische GEW-Zeitung nachgezeichnet (HLZ 9/2007, S. 26 f.). Es begann damit, dass - begünstigt durch leere öffentliche Kassen - immer mehr Private an die Peripherie von Schule geholt und immer mehr schulische Aufgaben outsourcet wurden. Sie sind zuständig für Hausaufgabenhilfe, sozialpädagogische Betreuung, Ganztags- bzw. Nachmittagsangebote, Sprachen-, Sport-, Musikunterricht und einiges mehr. Finanziert werden sie aus unterschiedlichen Töpfen. Im Vordergrund steht die „Kostendämpfung“: In den Schulen sind 70 bis 80 Prozent der Kosten Personalkosten, in der Industrie rund 10 Prozent. Hauptbeschäftigungsverhältnis bei den Trägern ist die zwei- bis viermal niedriger als eine entsprechende Arbeitnehmerbeschäftigung im öffentlichen Dienst bezahlte Honorararbeit. Die privaten Träger tummeln sich an der Nahtstelle zwischen Schule und Berufsausbildung, bei der Berufsausbildung und in der Fort- und Weiterbildung. Entstanden ist eine Nachhilfeindustrie, die jährlich zwischen 2 und 3 Milliarden Euro einnimmt.

Darüber hinaus wurde und wird den Schulen die Verbetriebswirtschaftlichung angedient. Mit der betriebswirtschaftlichen Steuerung werden Voraussetzungen für ihre Marktgängigkeit geschaffen. Last not least wird versucht, Marktstrukturen und Wettbewerb im gesamten Bildungswesen herzustellen. Soweit die Darstellung von Dröll.

Die Zahl der Privatschulen - zu 80 Prozent in kirchlicher Trägerschaft - hat zwischen 1992 und 2005 um 44 Prozent zugenommen; insgesamt gehen bundesweit 8 Prozent der

Schülerinnen und Schüler auf Privatschulen. In einigen westeuropäischen Ländern sind es deutlich mehr. Die Neugründung von Privatschulen, die Umwandlung bisher öffentlicher in private inbegriffen, ist zur Zeit nicht die Haupttendenz. Auch die lautet bislang noch: Wo staatliche Bildungseinrichtungen nicht oder noch nicht in private umgewandelt werden können, sollen sie wie private Betriebe organisiert werden – mit entsprechenden Konsequenzen für die internen Strukturen, die Beschäftigten und die Nutzerinnen und Nutzer.

Über Public Private Partnership (PPP), Sponsoring und Werbung kommen dabei auch private Investoren zum Zuge. PPP bei der Sanierung und beim Unterhalt von Schulgebäuden hat sich für die öffentlichen Hände indes immer mehr als Verlustgeschäft herausgestellt. Eine Kreditaufnahme würde meist billiger kommen als jahrzehntelange Zahlungen an gewinnorientierte Investoren. Werner Rügemer hat dazu einiges veröffentlicht.

Der „Denkfabrik“ und operativ tätigen Bertelsmann Stiftung geht es aktuell in erster Linie um Weichenstellungen in Richtung wirtschaftsfreundlicher und –förmiger Paradigmen und Strategien. Dass es dabei nicht bleiben muss, zeigt sich an folgenden Punkten:

In Großbritannien hat Arvato, eine Tochterfirma der Bertelsmann AG, gegen Cash die Verwaltung einer Kommune übernommen.

Im Hochschulbereich ist die Durchsetzung unternehmensförmiger Strukturen weit vorangeschritten – unter tätiger Mithilfe des Centrums für Hochschulentwicklung CHE, eines Gemeinschaftsprojekts von Bertelsmann Stiftung und Hochschulrektorenkonferenz.

Flächendeckend sind die Selbstverwaltungsorgane entmachtet worden zugunsten von Präsidialdiktaturen, die Management genannt werden. Die hochgradig verschulden Bachelor- und Masterstudiengänge, für die inzwischen auch in Niedersachsen Studiengebühren entrichtet werden müssen, erinnern an die Kurz- und Langzeitstudiengänge, vor denen Studentinnen- und Studentenbewegung und progressive Hochschulreformerinnen und Hochschulreformer immer gewarnt haben.

Im Jahresgutachten 2007 „Bildungsgerechtigkeit“ des „Aktionsrates Bildung“ der Vereinigung der Bayrischen Wirtschaft, in dem mit Prof. Müller-Böling als dem Leiter des CHE die Bertelsmann Stiftung ebenfalls vertreten ist, wird befürwortet, dass Schulen zwar weiterhin öffentlich finanziert, aber in privater Trägerschaft betrieben werden. Standards, Lehrpläne und Budgetrahmen sollen ihnen vorgegeben werden. Sie sollen autonom in Personal- und Prozessfragen sein, ihre Leistungen werden im Rahmen externer Evaluation überprüft. In ihre Verantwortung fällt auch die Bezahlung der nur noch befristet mit der Möglichkeit der Verlängerung beschäftigten Arbeitskräfte.

Eine unternehmerisch geführte Bildungseinrichtung ist über ihre gesellschaftspolitische Bedeutung hinaus sicher auch interessant als Nachfrager von zu bezahlenden Dienstleistungen, Programmen, Know-How.

Ob es dazu kommt, hängt wie vieles im gesellschaftlichen Leben von der Entwicklung von Kräfteverhältnissen ab, d.h. auch von uns!

## 6. Was können und was sollten wir tun?

Ein neuer Paradigmenwechsel in Wirtschaft und Politik, eine Abkehr vom Neoliberalismus ist nicht in Sicht, obwohl eine Mehrheit der Bevölkerung die ständigen Steuersenkungen für

Unternehmen und Reiche, den Ausverkauf von Volksvermögen und die Verschlechterung der eigenen Lebenslage und –aussichten trotz des immensen Potentials der modernen Produktivkräfte inzwischen leid ist. Die Unzufriedenheit ist offensichtlich noch nicht groß genug und es fehlt ihr vielfach auch an progressiver Orientierung. Die realitätsferne, unterkomplexe Gedankenwelt des Neoliberalismus funktioniert weiter nach dem Motto: Wenn die Prognosen nicht eintreffen und die Rezepturen nicht greifen, umso schlimmer für die Wirklichkeit. Dann müssen die medizinischen Dosen eben erhöht werden.

Solange nahezu alle politischen Parteien lediglich um Nuancen verschiedene neoliberale Konzepte vertreten - die einen eher konfrontativ, die anderen stärker konsensuell, die einen in frontaler Gegnerschaft zu Gewerkschaften, die anderen mit Resten von Rücksichtnahme, ist auch im Bildungsbereich mit keiner deutlichen Umsteuerung zu rechnen. Dass auch die Partei nicht vor Konzessionen an den Neoliberalismus gefeit ist, die praktisch inzwischen den freigewordenen Platz der linken Sozialdemokratie einnimmt, kann in Berlin und an einigen anderen Orten gesehen werden. Ohne größeren öffentlichen Druck, wozu auch die Gewerkschaften ihren Teil beitragen müssen, wird sich relativ wenig ändern. Zugleich kann eine nennenswerte linke Partei dazu beitragen, dass gewerkschaftlichen Forderungen ein größerer politischer Resonanzboden verschafft wird.

Als Gewerkschaft im Bildungsbereich sind wir doppelt gefordert: als Vertretung der Arbeitsplatz- und Reproduktionsinteressen von Pädagoginnen und Pädagogen, von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern und als pressure group für eine arbeitnehmerorientierte, auf Demokratisierung zielende Gestaltung der Bildungsverhältnisse und -institutionen.

In Sachen Löhne und Gehälter, Arbeitszeit und zusätzliche Stellen wird uns weiterhin nichts geschenkt werden. Im Gegenteil müssen wir uns künftig auf härtere Kämpfe einstellen. Dabei tun wir uns keinen Gefallen, wenn wir die Ideologie der Leistungslöhne oder leistungsbezogenen Gehälter in unserer Argumentation adaptieren.

Ihre volle Leistung bzw. in ihrem Namen erbrachte Leistungen können grundsätzlich nur Selbstständige in Rechnung stellen. Würden abhängig Beschäftigte danach bezahlt, was sie geleistet haben, könnten die meisten Unternehmen im Regelfall keinen effektiven Überschuss über ihre Auslagen hinaus erzielen. Wer im Auftrag eines anderen mit dessen Wirtschaftsmitteln für dessen Rechnung arbeitet, hat im Kern noch nie mehr als die eigenen Reproduktionskosten bezahlt bekommen. Ob infolge erhöhter oder ergiebigerer Arbeitskraftverausgabung vermehrter Reproduktionsbedarf sich auch in höheren Löhnen niederschlägt und wie hoch diese letztlich ausfallen, hängt vor allem davon ab, wie sehr die organisierten Beschäftigten sich mit ihren Forderungen durchsetzen können.

Sogenannte Leistungslöhne gibt es schon lange: im Akkord. Auch Akkordarbeitende haben zu guter Letzt nie mehr erlangt, als unter gegebenen Bedingungen für ihre Reproduktion und die ihrer Angehörigen notwendig war. Reich geworden von ihrer Arbeit sind nicht sie, sondern andere. In den letzten 6 Jahren ist der Anteil der Löhne am Volkseinkommen um 5,7 Prozent zurückgegangen, jedoch bestimmt nicht, weil die Beschäftigten weniger geleistet hätten.

Hinter der Ideologie von der leistungsgerechten Bezahlung steckt letztlich das Arbeitgeberinteresse, Löhne und Gehälter individuell stärker zu differenzieren, Arbeitskräfte unterwertig zu bezahlen und Lohnmittel einzusparen. Bei Unternehmen, die Produkte oder

Dienstleistungen am Markt verkaufen, liegt der Effekt auf der Hand: Lohnsenkungen erhöhen den Gewinnanteil. Aber auch für staatliche Einrichtungen, die ihre Leistungen nicht warenförmig erbringen, macht er sich bezahlt. Je intensiver ihre Beschäftigten sich bei knapper Bezahlung verausgaben, desto weniger Arbeitskräfte müssen eingestellt werden und desto weniger Kosten fallen aktuell an.

Wir müssen deutlich machen, dass wir für etwas anderes einstehen!

Als pressure group für Bildungsreformen müssen wir gegen bestimmte mainstream-Legenden klarstellen:

Im neoliberalen Diskurs ist zwar viel von Freiheit die Rede, gemeint ist indes in erster Linie die Dispositionsfreiheit von Unternehmern und Leitungen, nicht die des Personals, es sei denn, es geht um dessen individuelle Freiheit zu verzichten und sich zu fügen.

Bildung wird nicht dadurch besser, dass Bildungseinrichtungen wirtschaftsförmig organisiert werden. Gelingende Pädagogik entzieht sich einfachen Wenn-Dann-Beziehungen und ökonomischen Rationalitätskalkülen. Private Schulen sind nicht besser, weil sie privat sind. Sicher ist nur: Sie nehmen Geld ein.

Bildung ist und bleibt ein „meritorisches“ Gut. Sie ermöglicht nicht nur den Individuen gesellschaftlich handlungsfähig zu werden und zu bleiben, sondern nutzt dadurch zugleich der Gesellschaft, ihrer Funktionsfähigkeit, der Qualität ihrer Kommunikation. Sie ist von fundamentaler Bedeutung und muss daher allen uneingeschränkt zur Verfügung stehen, aber sie ersetzt keine Arbeitsplätze und Einkommen.

Kürzungen in Bildungs- und Wissenschaftsetats mögen öffentliche Haushalte kurzfristig entlasten; mittel- und langfristig gefährden sie die Funktionsfähigkeit ihrer Institutionen und vieler gesellschaftlicher Abläufe.

Das Kalkül von Unternehmen, Ausbildungskosten einzusparen und auf den nationalen und globalisierten Bildungsmärkten zuzukaufen, was an Qualifikationen benötigt wird, kann allenfalls kurzfristig aufgehen. Die größere Konkurrenz um Qualifikationen macht solche vermeintlichen Vorteile schnell zunichte.

Der Vergleich mit anderen Ländern, die gesellschaftlich ähnlich strukturiert sind wie die Bundesrepublik und mit denen wir z.T. in der EU zusammengeschlossen sind, zeigt, dass selbst unter neoliberalen Bedingungen die bei uns existierende schulische Sortierwirtschaft nicht zwingend ist. Sie befriedigt vor allem den sozialen Abstandsbedarf bestimmter Gesellschaftsschichten, die auch auf anderen Feldern hartnäckig ihre Vorteile verteidigen.

Der Vergleich zeigt ebenso, dass höhere Bildungsausgaben möglich sind, u.a. wenn Kapitaleinkünfte nicht gar so einseitig geschont werden wie bei uns.

Wir müssen uns weiterhin für Bildungseinrichtungen für alle Altersstufen und in allen Bereichen stark machen, die mit demokratischen Führungs- und Mitbestimmungsstrukturen und jeweils einheitlich geregelten materiellen und personellen Rahmenbedingungen selbstständiger über pädagogische Handlungsräume verfügen, um eine adressatennähere

Bildungsarbeit zu leisten, die allen ohne Ausgrenzung ein Lernen auf der Höhe der Zeit ermöglicht.

Bei der alltäglichen Abwehr von Verschlechterungen und dem Einsatz für punktuelle Verbesserungen gilt es zugleich die Einsicht zu befördern, dass größere Veränderungen, andere Weichenstellungen in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft möglich und notwendig sind. Wir brauchen keine weitere Entfesselung der Kräfte der Kapitalverwertung und des Marktes, sondern deren nationale und internationale demokratische Regulierung. Wenden müssen wir uns vor allem an die, die davon am meisten zu profitieren haben.

**Hannover/Bad Zwischenahn**  
**Oktober 2007**